

PM Nr.29-04

Schulpolitik: Ländliche Regionen brauchen Hilfe, keine Sterbehilfe

Bildungspolitiker von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Vertreter der Initiative "Schule vor Ort" kamen am gestrigen Montagabend, 22. März 2004, zu einem Arbeitsgespräch zusammen. Hintergrund ist die Kahlschlag-Politik im Schulbereich. Allein über die Hälfte aller weiterführenden Schulen soll in Sachsen-Anhalt in den nächsten Jahren geschlossen werden. "Bei den Entscheidungen vor Ort sind Mitwirkungsrechte der Eltern und Schüler, kommunale Interessen und nicht zuletzt Aspekte der pädagogischen Qualität auf dem Altar überhöhter Schülerzahlvorgaben der Landesregierung geopfert worden", so die bündnisgrüne Landesvorsitzende Inés Brock in Übereinstimmung mit den Initiatoren von "Schule vor Ort".

Die Gesprächsteilnehmer leiteten gemeinsame Forderungen ab. So müssten Planungsvorgaben flexibilisiert und Ausnahmetatbestände umfassender definiert werden. Nötig sei ein tragfähiges Konzept für einen längeren Zeitraum, das auch berücksichtige, dass sich in der zweiten Dekade dieses Jahrhunderts der Nachwendegeburteneinbruch in 2. Generation wiederhole. Aktuell am zweckmäßigsten sei im ländlichen Raum die Orientierung auf Gesamtschulen und die Zusammenarbeit mit benachbarten Gymnasien in der Oberstufe zur Sicherung eines hinreichend breiten Kursangebotes.

Die Gesprächsteilnehmer waren sich einig, dass insbesondere in den Kreistagen das Gespräch mit den Vertretern aller Parteien gesucht werden muss, um von unten Druck zu machen. "Ziel muss sein, dass die ministeriellen Vorgaben so verändert werden, dass bei den alljährlich notwendigen Standortbeschlüssen wieder Augenmaß und pädagogischer Sachverstand berücksichtigt werden", so Brock. In den Städten seien die Probleme anders: Hier gehe es in der Regel nicht um überlange Schulwege. "Allerdings wird hier in einigen Fällen Übereifer bei der Zusammenlegung von Schulen deutlich, mit der Folge, dass große unübersichtliche Einheiten entstehen - nicht unbedingt Orte schulischen Wohlbefindens", so Brock weiter.

Zur Information: Die "Initiative vor Ort" gründeten im Jahre 2003 engagierte Eltern, Lehrer, Kommunalpolitiker, Bürgerinnen und Bürgern, die sich für den Erhalt eines umfassenden und wohnortnahen Schulnetzes im Land einsetzen. "Gerade die ländlich geprägten Regionen in Sachsen-Anhalt brauchen Hilfe, aber keine Sterbehilfe vom Chefarzt des Landes - Ministerpräsident Böhmer", sagen die Initiatoren.

© BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Quelle:
<http://www.gruene-sachsen-anhalt.de/>